

## Zur Gründung eines Gesprächskreises für die ländlichen Räume bei der RLS

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung bereitet unter dem Arbeitstitel „**Zukunftsfähige Regionen - Potenziale ländlicher Räume**“ die Bildung eines Gesprächskreises vor. Ziel der angestrebten politischen, wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte zu Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume sind die Erarbeitung von und der Austausch zu konkreten politischen Gestaltungsvorschlägen.

Der Gesprächskreis sieht sich mit der Anbindung an die Rosa-Luxemburg-Stiftung als ein offenes Diskussionsforum für Interessierte, für Organisationen und Initiativen, welche sich für starke und zukunftsfähige ländliche Räume einsetzen und die sozial-ökologische Transformation als ein zentrales Prinzip dabei sehen. Austausch und Beteiligung sollen (in unterschiedlichen Formaten) bundesweit erfolgen. Eine besondere Verantwortung käme dabei den Landstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu.

\*\*\*

Ländliche Räume sind enorm vielfältig, heterogen und längst nicht mehr durch „Dorf“ oder „Landwirtschaft“ zu charakterisieren. Neben dem Dorf prägt eine große Zahl von Klein- und Mittelstädten die Siedlungsformen in den ländlichen Räumen. Neben Natur und Landwirtschaft charakterisieren eine Vielzahl industrieller Ansiedlungen, kleinerer und mittlerer Unternehmen (einschließlich zahlreicher „hidden champions“), Handwerk und Dienstleistungen etc. diese Räume. Mit der Digitalisierung mögliche neue Arbeits- und Beschäftigungsformen wie neue Wohnmodelle breiten sich aus. Nicht nur im Osten Deutschlands finden sich Konzentrationspunkte alter Industrien. – Je nach Perspektive und Zielstellung zeigen sich unterschiedliche definitorische Schwerpunkte; gefragt sind integrierte wie vielfältige, differenzierte Politikansätze.

Zugleich ist ein Teil dieser ländlichen Räume von erheblichen wirtschaftlichen, sozialen und in der Konsequenz politischen Problemen, Konflikten betroffen (vorliegende Statistiken kommen auf knapp 10 % der Kreise). Eine seit Jahrzehnten praktizierte neoliberale Wachstums- und Wettbewerbspolitik hat strukturelle Umbrüche verschärft und in eine Richtung gelenkt, mit der Abwärtsspiralen verbunden sind und die Gefahr besteht, dass sich diese verfestigen und verstetigen: Abwanderung und ungünstige demografische Konstellationen; wirtschaftliche Einbrüche; Verlust und Zerfall der Infrastruktur, die nach einem enormen Niedergang nur schwerlich rückgängig zu machen sind.

\*\*\*

Im Gesprächskreis sollen die hier nur angerissenen, vielfach beschriebenen und diskutierten wissenschaftlichen Befunde zu ländlichen Räumen aufgegriffen und offensiv in eine breite Debatte eingebracht werden. Ziel ist vor allem die Erarbeitung politischer Konzepte, die Zivilgesellschaft und lokale Akteure ermächtigen, die Entwicklung vor Ort selbst zu gestalten. Dazu wollen wir einen offenen Dialog führen, ohne einen thematisch oder konzeptionell verengten Blick. Vielmehr wollen wir eine Plattform bieten für Akteure aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft, die das Generationenprojekt des sozial-ökologischen Umbaus ernst nehmen und zu dessen Verwirklichung beitragen möchten. Die Frage nach der Relevanz von Nachhaltigkeit, Umweltgerechtigkeit und Klimaverträglichkeit für die Herstellung

gleichwertiger Lebensverhältnisse ist in der Diskussion genauso dringlich wie es etwa Mobilitätsfragen oder Breitbandverfügbarkeit sind. Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und breite demokratische Teilhabe bilden die Zielstellungen für eine zukunftsorientierte Daseinsvorsorge und die Bereitstellung dafür erforderlicher Infrastrukturen. Wir wollen den reichen Fundus vorliegender Entwicklungsprojekte sowie wissenschaftlicher und politischer Expertise – gerade auch solche von Fraktionen und Stiftungen der LINKEN – nutzen, die der angeführten Perspektive folgen bzw. diese begründen und stützen. In geeigneter Form sollen übergreifende wissenschaftliche und politische Ausarbeitungen diskutiert und zu solchen beigetragen werden. Es geht um den breiten wissenschaftlichen und politischen Austausch. Die Stiftungen können hier ebenfalls Schwerpunkte ihrer Bildungsarbeit und Graduiierungsförderung setzen.

\*\*\*

Ansätze, Erkenntnisse aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft bieten vielfache Diskussionsanregungen; Beispiele sind:

**Wissenschaft:** Bei aller Unterschiedlichkeit der Ansätze zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse besteht weitgehend Konsens im Leitbild, nämlich darin, dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse unerlässlich ist für gesellschaftliche Kohäsion und Integration. Ebenso ist aber weitgehender Konsens, dass die gegenwärtige Entwicklung zu immer größeren gesellschaftlichen Spaltungen führt und mit den bisher praktizierten Ansätzen wenig dagegen ausgerichtet werden kann. Die Lösungsansätze sind divers und kontrovers. Auch wenn Konzepte aus der Mottenkiste, welche ländliche Räume, die nicht im wirtschaftlichen Wettbewerb bestehen, als nicht förderfähig und förderwürdig klassifizieren, seltener vorgebracht werden – um das Woher? und Wie? des erforderlichen finanziellen, gesellschaftlichen Aufwandes zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen wird heftig gestritten. Die Folgen von Corona werden auch diesen wissenschaftlichen Streit befördern! Wir müssen uns damit beschäftigen.

**Politik:** Es gibt eine breite und neue politische Aufmerksamkeit für ländliche Regionen, ja einen Hype „politischer Landlust“, welche seit einigen Jahren die Forderung nach „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ ausdrücklich für ländliche Räume erheben. Sichtbare soziale Verwerfungen, Erosion und zunehmend gefährliche Trends der politischen Kultur haben diese Forderung vor allem auf die Agenda gebracht. Zweifellos können damit bessere Voraussetzungen (Einrichtungen der Daseinsvorsorge; Infrastrukturen; Ansiedelungen) und Rahmenbedingungen (Finanzierung; Förderpolitik) für ländliche Räume verbunden sein. Für den Strukturwandel in den „Kohleregionen“ stehen bspw. Milliarden bereit. Öffentlicher und politischer Druck kann verhindern, dass es bei Alibipolitik und leeren Versprechen bleibt. Allerdings sind viele der Ansätze dem alten Modell wachstumszentrierter Entwicklung verhaftet. Bisher bleibt es bei Korrekturen; der Ländliche Raum wird um- und versorgt, nicht „ermächtigt“. Auszumachen sind kleine Schritte und begrenzte Innovationen (gelegentlich der Zauber des großen Investors) – Subventionierung und Alimentierung eröffnen keine Zukunftsorientierung. Initiativen, gerade auch der LINKEN, staatliche Politik kompetent zu machen für Regionalentwicklung, sind wichtig und zu profilieren.

**Zivilgesellschaft und Bürgerschaftliches Engagement:** Aktive politische Förderung und finanzielle Unterstützung durch den Staat sind unerlässlich. Sie unterstützen damit zugleich

starke Akteure vor Ort – Kommunen, Unternehmen, regionale Institutionen, eine breite Zivilgesellschaft. Eine wichtige Frage ist, inwiefern Bürgerinnen und Bürger sich aktiv in die Schaffung und Erhaltung von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Infrastrukturen einbringen können. Engagementförderung ist genauso relevant wie innovative Politikgestaltung. Erfordernisse konkreter politischer Ermächtigung im Sinn von breitestmöglicher Partizipation vor Ort werden zu einem Schwerpunkt des Erfahrungsaustausches im Gesprächskreis. Es geht um relevante regionale und lokale Beispiele, um Projekte und Initiativen, um Erfahrungen von Dorfakteur/innen, Unternehmensgründer/innen, Raumpionier/innen etc.

\*\*\*

Das aufgeworfene Thema ist komplex – sowohl eine vertikale (Dorf-Gemeinde-Landkreis-Land- Bund-EU) als auch eine horizontale (Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik) Integration ist wichtig. Es stellen sich übergreifende Fragen, so etwa:

- Wie kann eine offensive, zukunftsfähige Interpretation und Umsetzung des Gleichwertigkeitspostulats unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen aussehen?
- Welche Rolle spielen bisher ganzheitliche Ansätze und wie können diese verstärkt und praktisch ausgestaltet werden (Art und Umfang der Integration zur Schaffung räumlichen Ausgleichs)?
- Welche Rolle spielen wirtschaftlicher, demographischer und sozialer Wandel bei der Entwicklung von lokaler und regionaler Identität? Wie kann diese zu einer (Wieder-)belebung ländlicher Lebensqualität beitragen?
- Welche kooperativen Lösungen gibt es für integrierte ländliche Entwicklung (z.B. Lösungen der Daseinsvorsorge) zwischen Dörfern, Gemeinden, Klein- und Mittelstädten?
- Wie kann ein Politikwandel die aktive Bürgergesellschaft unterstützen, beispielsweise durch Förderung dörflicher Gemeinschaft oder den Ansatz der Bürgerkommune, in der ehrenamtliche Bürger/innen und gewählte Kommunalpolitik als gleichberechtigte Partner agieren?

Politisch zu agieren heißt, die Gestaltung von Regionen und Orten zu organisieren. Nur hier nämlich können Daseinsvorsorge und Infrastrukturen so „justiert“ werden, dass sie konkrete Antworten bzw. Ermöglichungsstrukturen für Zukunftsgestaltung sind. Differenziertheit und Vielfalt sind eben keine Alternative zur „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, sondern deren progressive Einlösung. Die Aufwertung regionaler und lokaler Verantwortung ist keine Abwertung staatlicher Verantwortung. Und die „große“ Perspektive des sozial-ökologischen Umbaus heißt nicht, die kleinen Schritte zu einem guten Leben vor Ort zu ignorieren. Im Zusammenhang beider Orientierungen findet sich der Mehr-Wert ländlicher Regionen.

Wir freuen uns auf die Diskussion!

Ute Samland und Michael Thomas für die weiteren Mitglieder der Initiativgruppe:  
Anita Tack, Heidrun Bluhm-Förster, Dagmar Enkelmann, Kurt Krambach, Joachim Kadler,  
Stefan Roth, Steffen Kühne, Maik Hennig